

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 62 (1983)
Heft: 5

Artikel: Was Oskar Lafontaine wirklich sagte : Option auf den Selbstmord : eine Rede am Kongress der deutschen Jungsozialisten
Autor: Lafontaine, Oskar
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339997>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

es recht aussagekräftig, konzerninterne Äusserungen ähnlichen Themen, die aus unterschiedlichen Anlässen gemacht werden, einander gegenüberzustellen. An der 1978er Generalversammlung äusserte sich Koechlin, der damalige Vorsitzende der Konzernleitung, zur Wachstumspolitik der Ciba-Geigy und stellt einen betriebswirtschaftlich recht präzisen Kriterienraster bei Aufkäufen anderer Unternehmungen dar, unter anderem das Einzelkriterium: «Können wir mit der Akquisition unsere Marktposition in einem Land oder Wirtschaftsraum stärken?» Ein Jahr später, als es um eine politische Diskussion um Multis geht, lässt sich Koechlin ganz anders vernehmen: «Unsere Firma ist nicht aus Drang zur Grösse auf allen Märkten zu Hause, sondern weil sie Produkte und Dienstleistungen anzubieten hat, die auf der ganzen Welt geschätzt und verlangt werden und ihren Preis wert sind.»

*Linke Presse:
Fleissige Recherchen*

Ich habe bis hierher nur die umfangreichsten Quellen genannt,

bei denen Material für Anti-Image-Kampagnen gegen Konzerne aufgetrieben werden kann. Insbesondere sind noch genaustens recherchierte Geschichten in 3.-Welt-Magazinen (Südwind, Solidarität), wenig beachtete Veröffentlichungen kleiner politischer Gruppierungen (in meinem Fall waren die «Kinderkrankheiten Nr. 2» über die Basler Chemie und Pharma-Multis eine wahre Fundgrube), detailliert recherchierte *Fachveröffentlichungen und Bücher ausländischer Institute und Publizisten* zu aktuellen Sachfragen (Pharma, Agro) mit den dazugehörigen Multi-Stichwortverzeichnissen zu nennen, zusammen mit *spezifischen Nachschlagewerken* («Who owns Whom» beispielsweise) zu nennen. In G. Breidensteins Arbeitsbuch über «internationale Konzerne» (rororo, 1977) finden sich, neben einer hervorragenden und leicht verständlichen theoretischen Übersicht über das Wesen der Multis, detaillierte Hinweise, welche Quellen man am besten benutzt, wenn man diesen oder jenen Aspekt eines Multis im Sinne eines Anti-Geschäftsberichtes untersuchen will.

Warnung!

Es sei mir noch eine Schlussbemerkung erlaubt: Die Linke krankt vielfach daran, dass sie der Desinformationsflut der Herrschenden eine Flut von Informationen gegenüberstellen will. Dies reicht meiner Ansicht nach nicht. Jeder, der sich mit Multis anlegen will, sollte sich zuerst über seine Motive klarwerden, sich an ein derartiges Unternehmen heranzuwagen.

Allein gegen Multis ist man machtlos. Und Gruppen sollten meiner Meinung nach nur gegen Multis antreten, wenn sie von mehr als nur diesem äusseren Feind zusammengehalten werden. Eine solidarische Gruppe, ein theoretisches Gerüst, konkrete Fakten und lehrreiche politische Aktionen sind gleich wichtig und gehen Hand in Hand. Andernfalls scheinen mir gewaltige Enttäuschungen vorprogrammiert. Denn multinationale Konzerne sind wie kaum ein Gebilde unserer Wirtschaftsgesellschaft fast immun gegen aufklärende Informationen und politische Vorstösse. Fast.

Was Oskar Lafontaine wirklich sagte

Option auf den Selbstmord

Eine Rede am Kongress der deutschen Jungsozialisten

Die Rede des SPD-Politikers Oskar Lafontaine auf dem Bundeskongress der Jungsozialisten in Oberhausen im März dieses Jahres haben die SPD-Führung veranlasst, sich von den NATO-Vorwürfen ihres Vorstandsmitgliedes zu distanzieren. Oskar Lafontaine gehört zu den schärfsten Kritikern der NATO, jener NATO nämlich, wie sie sich heute unter der Fuchtel von US-Präsident Reagan uns seinen Militärs präsentiert. Er ist der Meinung, dass, wenn die USA ernsthaft glauben, den Frieden mit der unklaren Ausschaltung der sowjetischen Kommandozentralen zu sichern, dann sei die Geschäftsgrundlage der NATO eigentlich gekündigt. Lafontaine verlangt eine Rückkehr zur Entspannungspolitik von Willy Brandt.

Wenn wir heute darüber reden, was wir gegen die NATO-Rüstung und was wir gemeinsam für Frieden und Arbeit tun können, dann glaube ich, sollte man zwei Dinge klarstellen: Ich bin dagegen, dass man den Einäugigen in unserem Lande freiwillig Argumente liefert. Dieser Kongress wendet sich gegen die Rüstung in der Welt überhaupt.

Selbstverständlich nehmen wir uns das Recht, in erster Linie uns mit den Fragen auseinanderzusetzen, die uns angehen, insoweit angehen, als die Regierungen, die in unserem demokratischen System Verantwortung tragen, auch zuständig sind für bestimmte Entscheidungen. Ich bin auch dankbar dafür, dass das Thema heisst: «Gegen Rüstung, für Frieden und Arbeit».

Liebe Freunde, wenn ich heute eine Bitte habe, dann ist es die: Sorgen wir dafür, dass in der Diskussion der SPD die Rüstungsfrage nicht getrennt wird von der Beschäftigungsfrage. Machen wir endlich den Mitgliedern der SPD, den Kolleginnen und Kollegen der Gewerkschaften und vielen anderen, die mitdiskutieren, klar:

Ohne ein drastisches Zurückfahren der Rüstungsausgaben in den westlichen Industriestaaten ist es eine Illusion zu glauben, die Arbeitslosigkeit sei in den Griff zu bekommen. Das wusste im Grunde genommen schon der alte Adam Smith, das zieht sich als Einsicht durch die klassische Nationalökonomie, und natürlich gibt es auch hinreichend Stellungnahmen im sozialistischen Lager, aus denen man diese Einsicht ableiten kann. Wenn wir heute zur NATO-Rüstung reden, dann müssen wir noch einmal darauf aufmerksam machen, was die neue Waffengeneration, um die es geht, für die Sicherheit in Europa und in der Welt bedeutet. Ich glaube nämlich, dass, obwohl die Mehrheit der Bevölkerung sich, wie Meinungsforschungen uns klarmachen, gegen das Aufstellen neuer Atomraketen, amerikanischer Atomraketen, in der Bundesrepublik wendet, dass immer noch nicht klar ist, wie entscheidend die Situation in Europa sich verändern würde, wenn es zur Aufstellung dieser neuen Waffen in Europa kommt. Herumgespro-

chen hat sich mittlerweile die besondere Ausstattung der Pershing II. Diese Waffe, liebe Freunde, ist eine einmalige Waffe. Sie verändert die strategische Situation zwischen den Weltmächten total. Sie ist ein Waffensystem, das in Europa in enormem Masse destabilisierend wirkt. Sie ist ein Waffensystem, das die andere Weltmacht, die Sowjetunion, zwingt, ihre Systeme auf Automatik umzustellen. Und deswegen ist dieses Waffensystem nicht geeignet, die Sicherheit unserer Bevölkerung zu verbessern, sondern dieses Waffensystem ist eine Option auf den eigenen Selbstmord.

Deswegen müssen wir alle Anstrengungen unternehmen, die Installierung dieses Waffensystems zu verhindern. Es werden so viele Scheinargumente in dieser Diskussion verwendet. Eines dieser Scheinargumente ist, die SS 20 fliegt auch nur wenige Minuten. Das stimmt im Hinblick auf die Zeit, aber der tödliche Unterschied ist der, dass die SS 20 nicht die Nervenzentren der USA erreicht, während die Pershing II kraft Auftrags die Nervenzentren der UdSSR zerschlagen soll.

Der Weg aufs Pissoir

Dies ist die entscheidende Veränderung der strategischen Situation. Aber nicht nur diese Frage muss bedacht werden. Es muss bedacht werden, was die Einführung der Cruise Missile-Technologie bedeutet. Wie heisst es wieder so schön: diese neuen Waffen sind ja gar nicht so gefährlich. Sie fliegen ja zwei Stunden. Das hört sich sehr beruhigend an, liebe Freunde. Aber wichtig ist für jemanden, bedroht ist, nicht, wie lange ein System fliegt. Diese Cruise Missiles sind eine neue Runde im Rüstungswettlauf, weil sie die vorhandenen Abwehrsysteme unterlaufen, und weil die

Installierung einer einzigen Waffe dieser Kategorie die andere Seite zwingt, ein völlig neues Abwehrsystem aufzubauen. Und deswegen, liebe Freunde, müssen wir alles tun, um aufzuklären, dass es keine Zwischenlösung geben darf. Wenn die erste Cruise Missile hier installiert ist, wenn die erste Pershing installiert ist, dann ist der nächste Rüstungswettlauf in Mitteleuropa vorprogrammiert, dann ist daran überhaupt nichts mehr zu ändern.

Ich habe wirklich den Eindruck, dass es viele Abgeordnete gibt, die heute noch meinen, man könne die SS 20 gegen die Pershing II aufrechnen. Obwohl ja beide Waffensysteme aufgrund ihrer Entstehungsgeschichte überhaupt nichts miteinander zu tun haben. Dass diese Abgeordneten nicht wissen, was eine Verkürzung der Vorwarnzeit auf eine oder null Minuten bedeutet. Ich bin manchmal versucht, solchen Abgeordneten im Bundestag eine Stoppuhr in die Hand zu drücken und sie den Weg zum Plenum aufs Pissoir und zurück stoppen zu lassen, damit sie begreifen, was eine Vorwarnzeit von zwei oder einer Minute für eine Weltmacht bedeutet, die durch ein solches Waffensystem bedroht ist. Ich habe ehrlich, liebe Freunde, manchmal den Eindruck, als sei die politische Führung in diesem Land überfordert, den Unterschied zwischen 30 Minuten, 6 Minuten oder null Minuten geistig zu erfassen. Sonst ist das ja alles nicht erklärbar. Sonst ist das ja nicht mehr zu verstehen. Und deswegen muss die Diskussion eine völlig neue Perspektive erhalten. Es geht heute nicht mehr nur um die Verhinderung der Pershing II und der Cruise Missiles in Mitteleuropa. Es geht heute für die Bundesrepublik um die Frage, unter welchen Bedingungen unsere Sicherheit definiert wird. Es geht

um die Frage, welche Bedingungen das NATO-Bündnis uns aufdiktiert.

Strategie der «Enthauptung»

Im Klartext: ein Bündnis, das uns auf ein Pulverfass setzt und die Lunte gleich zündet. Ein solches Bündnis ist nicht geeignet, Sicherheit in Mitteleuropa zu garantieren. Im Grunde genommen brauchte man ja nur zu lesen, müsste man nur zur Kenntnis nehmen, was in Amerika geschrieben wird. Jeder von Euch kennt den Aufsatz «Victory is possible» (Der Sieg ist möglich) von Colin Gray, der von Reagan zu seinem strategischen Berater ernannt wurde. Hier steht platt und einfach: «Daher sollten die Vereinigten Staaten in der Lage sein, die Schlüsselfiguren der Führung der Sowjetunion, ihre Kommunikationsmittel und Wege und einige ihrer innenpolitischen Kontrollinstrumente zu zerstören. Die UdSSR mit ihrer mächtigen Überzentralisierung der Macht, zusammengefasst in der riesigen Bürokratie in Moskau, dürfte einem solchen Angriff gegenüber höchst verwundbar sein. Die Sowjetunion würde möglicherweise aufhören zu funktionieren, wenn ihr Sicherheitsdienst, der KGB, ernsthaft in Mitleidenschaft gezogen würde. Wenn es gelänge, die Moskauer Bürokratie zu eliminieren, zu beschädigen oder zu isolieren, dann könnte die UdSSR sich in Anarchie auflösen.» Und in den kürzlich veröffentlichten Leitlinien «Dokument des Pentagon» heisst es dann auf der Grundlage dieser strategischen Beratung: «Grundlage der Atomkriegsstrategie wäre die sogenannte Enthauptung. Das heisst, Schläge gegen die politische und militärische Führung und gegen die Verbindungslinien der Sowjetunion.» Freunde, Operationsgebiet für eine

solche Strategie soll die Bundesrepublik werden. Und hier müssen wir ganz klar sagen: Leute, die einen Atomkrieg für durchführbar und gewinnbar halten, die können niemals unsere Bündnispartner sein. Das sind Verrückte! Sie sind ja so schön, diese Worte, die so wohlfeil über die Lippen gehen. Weltweit beklagen sich all die selbsternannten Abrüstungsexperten über den atomaren Wahnsinn. Warum sage ich selbsternannte Abrüstungsexperten? Experte kann man auf einem Gebiet sein, wo man erfolgreich gearbeitet hat. Diese selbsternannten Abrüstungsexperten, sie sagen, wir müssen den atomaren Wahnsinn bekämpfen, und das kann man hören von Reagan bis Kohl bis hin zur sowjetischen Führung. Nun, liebe Freunde, man vergisst, sich dann doch die Frage vorzulegen, wer denn da eigentlich wahnsinnig ist. Der Wahnsinn ist doch eine menschliche Kategorie. Das Uran ist doch nicht plötzlich wahnsinnig geworden, das Plutonium auch nicht. Das Eisen auch nicht, aus dem man die Trägerwaffen schmiedet, nein, wahnsinnig sind diejenigen, die den atomaren Wahnsinn «bekämpfen», d.h., die durch ihre politischen Entscheidungen geradezu die Grundlage dafür liefern, dass die Rüstungsschraube sich immer weiter dreht. Wahnsinnige gibt es auch in der Bundesrepublik.

Alte Ideen aufnehmen

Und deswegen ist es auch nicht mit der Ächtung der Atomwaffen getan, wie das etwa der Papst tut. Hier müssen wir mal wieder etwas weiter, etwas tiefer denken. Vielleicht müssen wir anknüpfen an eine alte Tradition der Arbeiterbewegung. Früher wusste die Arbeiterbewegung, dass Arbeiten kein Selbstzweck ist. Sie wusste,

dass Arbeiten immer auch handeln heisst, und das Handeln heisst, die Folgen des eigenen Handelns zu verantworten. Und da gab es beispielsweise Munitionstreiks, die Arbeiter haben sich geweigert, Munition zu produzieren im 1. Weltkrieg, weil sie wussten, dass mit dieser Munition Arbeiter in anderen Ländern umgebracht würden. Das war die Idee des Produktstreiks, und ich wäre froh, wenn die internationale Arbeiterbewegung an diese Idee wieder einmal anknüpfen könnte. Und deswegen, Freunde, ist es eben nicht getan mit der Ächtung der Atomwaffen, sondern die Menschen, die Massmordgeräte herstellen bzw. durch ihre politischen Entscheidungen diesen Prozess in Gang halten, die verdienen die Ächtung eines jeden Humanisten auf dieser Welt.

NATO neu überdenken

Das Thema ist also nicht die Frage, ob wir Pershing 2 oder Cruise Missiles hier installieren, das Thema ist die Frage, ob wir nicht durch die Entwicklung der Technologie herausgefordert werden, über die Bedingungen des NATO-Bündnisses zu reflektieren. Als die NATO geboren wurde, gab es beispielsweise noch nicht den Nord-Süd-Konflikt, damals war es noch nicht so klar, dass ein Bündnispartner etwa eine Golfregion zu seinem Interessengebiet erklären würde, weil, wie es so schön auch an deutschen Biertischen heisst, wir ja unser Öl im Persischen Golf verteidigen müssen. Es fehlt jetzt nur noch, dass wir Arabern Tornados liefern, die bilden dann auch eine schnelle Eingreiftruppe, um ihre Kohle hier im Ruhrgebiet zu verteidigen. Das ist dieselbe Logik. Wenn wir also über das Bündnis diskutieren, dann muss eines klar sein: die Waffensysteme

me, die wir hier installieren, und das ist die eigentliche politische Dimension, die darf uns doch nicht zum Mitgefangenen eines Abenteuertums machen, das glaubt, in der Dritten Welt überall Befreiungskriege führen zu müssen. Sobald wir hier die erste Pershing installiert haben, haften wir mit für jedes amerikanische Abenteuer in der übrigen Welt. Das ist die Dimension dieser Frage. Ich habe die Leute, die das niederschreiben und die das in strategische Leitlinien aufnehmen, als Verrückte bezeichnet. Glaubt denn irgend jemand, dass etwa die andere Welt darüber hinwegsehen kann, wenn etwa irgendwo in der Dritten Welt die beiden Weltmächte aneinandergeraten, dass hier Waffensysteme stehen, die ohne Vorwarnzeit die Kommandozentralen ausschalten können?

Kapitulation als Bewährung des Lebens

Ich möchte mal wissen, was passieren würde, wenn die Sowjetunion landgestützte Waffen auf Kuba, in Mexiko, in Kanada, oder sonst irgendwo installieren würde, die ohne Vorwarnzeit die Kommandozentralen der Vereinigten Staaten ausschalten können. Und deswegen hat diese Frage, liebe Freunde, und darüber müssen wir diskutieren in den nächsten Jahren, eine ganz ganz andere Dimension. Sie hat auch die Frage nach den Bedingungen des Bündnisses neu gestellt. Vielleicht gehen wir einmal von einer anderen Überlegung an das Thema heran. Es müsste doch eigentlich möglich sein, dass im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung ein Land, um den grossen Teil des Lebens seiner Bevölkerung zu bewahren, auch die Kapitulation als strategische Möglichkeit einbezieht.

Nur, Freunde, so wie bei uns die strategischen Optionen aufgebaut sind, haben wir noch nicht einmal die Chance, auf diese Möglichkeit der Bewahrung des Lebens zurückzugreifen. Und wir erinnern uns, dass amerikanische Kommandeure die Forderung erhoben haben, gewissermassen selber darüber entscheiden zu können im Ernstfall, ob Atomwaffen eingesetzt werden oder ob sie nicht eingesetzt werden. Das ist doch alles halsbrecherisch, liebe Freunde. Und deswegen müssen wir auf einer Forderung bestehen. Wenn es schon Nationen gibt, die für sich in Anspruch nehmen, Atommacht zu sein, dann bitte schön, sollen sie auch das Risiko verstärkt tragen, das mit dieser Option verbunden ist, d.h. ein erster Schritt wäre der, Atomwaffen nur in den Ländern zu stationieren, in denen sie auch produziert werden.

Zivile Atombomben

Es kann auf Dauer nicht gut gehen, dass wir in der Bundesrepublik das einzige Land sind, das die höchste Atomwaffendichte der Erde hat, das einzige Land im Bündnis, das ausserhalb der USA chemische Kampfstoffe lagert und dann das einzige Land sein werden, das landgestützte Präzisionsraketen ohne Vorwarnzeit hat. Das kann keine Sicherheitspolitik mehr sein. Es ist so, als wenn man sich die Rasierklinge an den eigenen Hals setzt und meint, es sei ein erfreulicher und erträglicher Zustand. Ich habe etwas gesagt zur Stationierung von Waffensystemen. Aber ich will hinzufügen, das dies ja nicht allein eine Lösung oder ein Ausweg sein kann. Wir müssen natürlich zurückgreifen auf neue politische Überlegungen und auf alte politische Überlegungen. Vielleicht ein paar Gedanken zu diesem The-

ma. Wir sagen ja so schön in der Bundesrepublik, wir seien keine Atommacht. Wir hätten uns verständigt, keine Atomwaffen zu produzieren. Ich weiss im Grunde genommen nicht, was das heissen soll, in einem Land, das, zumindest was die Hehlerei angeht, der grösste Hehler der atomaren Rüstung ist.

Im übrigen bin ich dagegen, dass zivile und militärische Nutzung der Kernenergie voneinander getrennt werden. Wenn wir drei Reaktoren an der «Zonengrenze» haben (ich sage dies jetzt in Anführung und bitterer Ironie), dann sind wir auch Atommacht. Wir brauchen im Falle des Angriffs nur zu zünden, und es kommt keiner mehr durch. Die Trennung von ziviler und militärischer Nutzung der Kernenergie ist eine reine Fiktion. Jeder, der über atomwaffenfreie Zonen diskutiert, soll wissen, dass die nukleare Bedrohung aus Europa nicht verschwunden ist, so lange noch grosse zivile Atombomben in der Gegend herumstehen. Die kann man nämlich auch konventionell zünden. Und wenn unsere Politiker einmal lernen würden, dass drei gezielte Schüsse von Kurzstreckensystemen von der anderen Seite auf drei laufende Atomreaktoren bei uns das Ende des Industriestaates Bundesrepublik bedeuten, das ist nachzurechnen, dann wird die ganze Diskussion über SS 20-Bedrohungen geradezu absurd. Wenn keine SS 20 im Osten stünden (die SS 20 ist eine totale Überrüstung, damit es da keinen Zweifel gibt), dann wäre unsere Bedrohung um keinen Deut geringer.

Von den 1300 Kurzstreckensystemen im Warschauer Pakt genügen drei, um die Bundesrepublik als Industriestaat auszulöschen. Sie müssen nur auf Kernreaktoren gezielt werden. Es ist ja eigenartig, dass diejeni-

gen, die so viel Angst vor den Russen haben, so dumm sind, den Russen die Arbeit abzunehmen, indem sie die nukleare Sprengladung selber systematisch im eigenen Land verteilen, so dass die Russen nur noch zünden müssen. Das ist auch eine ironische Bemerkung. Ich sage das, weil Springer-Journalisten hier sind oder andere, die meinen, das sei ernst gemeint von mir in dem Sinne, die Russen warten darauf, die Kernkraftwerke zu zünden. Aber wer sich über unsere Situation Gedanken macht, der muss diesen Zusammenhang sehen. Und nun, liebe Freunde, was ist die andere Dimension, die ich meine. Als ich in den Vereinigten Staaten war, war dort gerade die Diskussion über MX voll am Anlaufen. Und ich flog damals über die Stationierungsgebiete Nevada und Utah, jeder Staat eine Wüstenlandschaft, grösser als die Bundesrepublik. Und als die Mormonen dort hörten, dass in ihrem Land die MX stationiert werden sollte, da haben sie Widerstand geleistet, weil sie sagten, wir werden dann ein bevorzugtes Ziel sowjetischer Gegenschläge in einer Wüstenlandschaft mit einer Bevölkerungsdichte, die völlig unvergleichbar mit der unseren ist. Hätte die deutsche Politik doch einmal diese platte Weisheit der Mormonen in den Vereinigten Staaten. Dann käme sie vielleicht zum Schluss, dass diejenigen, die Enthauptungswaffen stationieren, bevorzugtes Ziel eines präventiven Schlages werden.

Billigere Garantien vor Überfällen

Wenn man sich dann noch die Kosten dieser Waffensysteme vor Augen hält, dann kommt man auf ganz, ganz abenteuerliche Ideen. Die will ich jetzt einmal für die Bundesrepublik andeuten: Meine Gespräche im

Pentagon haben ergeben, dass die 200 000 Amerikaner, die hier stationiert sind, eine Garantie dafür sind, dass die Amerikaner uns nie im Stich lassen. Wenn das so ist, dass 200 000 Leute eine Garantie dafür sind, dass eine Weltmacht Europa nicht im Stich lässt, dann könnte man doch mal überlegen, ob man zweihunderttausend Leute der anderen Seite einlädt, sich bei uns aufzuhalten. Wenn man jedem davon ein Salär von 50 000 DM gibt, würde das 10 Milliarden DM kosten. Unser Verteidigungsbudget ist ja weit aus höher, wie wir wissen. Dann wäre das ja auch eine Garantie, dass wir plötzlich nicht überfallen würden. Das wäre doch billig!

Was will ich damit sagen, liebe Freunde? Ich will darauf hinweisen, dass es in dieser verrückten Welt eine einzige Möglichkeit gibt, nun wirklich Friedenssicherung zu betreiben. Das ist die Rückkehr zur Entspannungspolitik, das ist die Rückkehr zu einer Politik, die Menschen zusammenführt, die es als selbstverständlich erscheinen lässt, dass es hier tatsächlich irgendwann ein Dauerzustand wird, dass 200 000 unserer «Feinde» sich in Mitteleuropa aufhalten.

Das heisst, ich reklamiere die Entspannungspolitik Willy Brandts als den einzigen Weg der Friedenssicherung in Mitteleuropa. Im übrigen war das auch eine der Bedingungen der NATO-Politik. Der Harmel-Bericht von 1967 hat die Entspannungspolitik als wesentliches Element aufgenommen. Und wenn wir jetzt Reagan und Weinberger hören, die sagen, dass die Sowjetunion mit einem Winseln zugrunde gehen soll, dass man ihre Kommandozentralen mit einem Schlag ausschalten muss, dass wir das letzte Kapitel dieses Systems schreiben, dann ist es doch wohl so, dass diese Politiker die Ge-

schaftsgrundlagen der NATO gekündigt haben.

Ich bin im übrigen dafür, dass wir auch in Mitteleuropa die amerikansiche Freeze-Bewegung unterstützen. Wenn es schon nicht gelingt abzurüsten, dann wäre es doch ein Fortschritt, einmal inne zu halten in der ewigen Spirale der permanenten nuklearen Aufrüstung. Und ich habe, wie Ihr, überhaupt kein Verständnis dafür, dass Leute wie Georg Leber oder andere meinen, jetzt sich an die amerikanischen Bischöfe wenden und ihnen Belehrungen erteilen zu müssen über die sittliche Grundlage der nuklearen Abschreckung. Diese Bischöfe haben Recht.

Die Vorbereitung zum Massenmord ist mit christlicher Überzeugung nicht zu vereinbaren. Aber die CDU hat sowieso die NATO, wie auch immer sie dann ihre Politik definiert, zum Glaubensbekenntnis erhoben. Das ist aber keine deutsche Sicherheitspolitik. Sicherheitspolitik heisst, Bedingungen schaffen, die uns eine Überlebenschance lassen.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen haben wir keine Überlebenschance. Eines muss man sich klarmachen, liebe Freunde. Wer die Abschreckung in der gegenwärtigen Form mit der weiteren Destabilisierung rechtfertigt, der muss zwei Voraussetzungen machen. Die erste ist, technische Systeme können nicht versagen, und die zweite ist, Menschen können nicht versagen. Wenn man diese beiden Voraussetzungen nicht machen kann, dann ist die nukleare Abschreckung völlig unverantwortbar. Und dann heisst es, die nukleare Abschreckung hätte den Frieden in Europa garantiert. Nur sie sei die Grundlage dafür, dass es hier keinen Krieg gegeben hat. Ja, wenn das so einfach ist, liebe Freunde, dann liefern wir doch Atomwaffen in

alle Welt und dann kehrt Frieden auf Erden ein.

Klassischer Fehlschluss

Ich will etwas sagen zur Logik der nuklearen Abschreckung, sie beruht auf dem klassischen Fehlschluss. Ein Beispiel: Wenn hier ein Floh sitzt und ich schreie ihn an, dann hüpfte er. Jetzt reisse ich ihm die Beine aus und ich schreie ihn wieder an, dann hüpfte er nicht mehr. Also, hört er mit den Beinen. Das ist die Logik der nuklearen Abschreckung, liebe Freunde. Ich will zusammenfassen.

Ich wollte deutlich machen, dass es bei den beiden Waffensystemen nicht nur um die Frage geht, dass sich die Technik immer weiter destabilisiert und dass die Wahrscheinlichkeit des Auslösens des Atomkrieges

durch technisches Versagen immer grösser wird.

Ich wollte auch deutlich machen, dass diese beiden Waffensysteme die Bedingungen in Frage stellen, unter denen die Bundesrepublik in ein Bündnis eingetreten ist.

Noch einmal: Wir sind einem Bündnis beigetreten, weil wir mehr Sicherheit für unsere Bevölkerung wollten. Wir sind in keinem Fall beigetreten, um mitzuhaften für ein Abenteuer, das die halbe Welt zur eigenen Interessenssphäre erklärt und das die Taktik und die Strategie des führbaren und des gewinnbaren Atomkrieges zur Grundlage der eigenen Verteidigungsplanung macht. Und das ist die neue Dimension, und deswegen rufe ich die Jungsozialisten zu zwei Dingen auf: erstens, lassen wir nicht zu, dass diese Fragen, das war der Be-

ginn meiner Ausführungen, getrennt werden von den sozialen Fragen, von den Fragen der Beschäftigung.

Wer heute über Rüstung diskutiert, diskutiert über Beschäftigung und über Arbeitslosigkeit. Und zweitens verkürzen wir die Diskussion um Pershing und Cruise Missiles nicht auf die technischen Daten, sondern suchen wir die politische Dimension.

Die politische Dimension heisst: es gibt Bedingungen, zu denen eine Mitgliedschaft in der NATO nicht mehr tragbar ist, d.h., wenn diese NATO uns auf ein Pulverfass setzt, bei dem die Lunte gleich mitgezündet wird, und es gibt Bedingungen, zu denen wir wieder bereit sind, mitzuarbeiten und diese Bedingung heisst: Zurück zur Ostpolitik der 70er Jahre.

Was Rote Revue-Leser interessiert

Bei der Redaktion eingegangene Bücher

Rüdiger Reitz, Christen und Sozialdemokratie. Konsequenzen aus einem Erbe. Im Radius-Verlag.

Alain Claude Sulzer, Das Er wachsenengerüst, Roman List-Verlag.

Anita Dörler, Konsumentenpolitik in der Schweiz. Eine gesellschaftspolitische Entscheidung. Verlag Rüegger.

Mosche Zalzman, Als Mosche Kommunist war. Die Lebensgeschichte eines jüdischen Arbeiters in Polen und in der Sowjetunion unter Stalin. Verlag Darmstädter Blätter.

Alberto Nessi, Terra matta, Drei Erzählungen. Limmat Verlag.

Hans Vogel (Hersg.), Unternehmer und Politik, Schnittpunkte privater und öffentli-

cher Interessen SIB Schweizerisches Institut für Betriebsökonomie. Fischer Schriftenreihe Münsingen.

Karl Lang, Das Leben des Arbeiterarztes Fritz Brupbacher. Limmat Verlag.

Jean Ziegler, Das Schweizer Imperium. Neubearbeitete Auflage von «Eine Schweiz — über jeden Verdach erhaben». roro Sachbuch 7496.

Dieter Duhm, Aufbruch zur neuen Kultur. Von der Verweigerung zur Neugestaltung. Kösel Verlag.

Frank Haenschke / Gerd Schuster, Die gigantische Verschwendung. Hintergründe und Ursachen der Energiekrise. Mit einem Vorwort von Horst Stern. Kindler Verlag.

Sibylle Quack, Geistig frei und niemandes Knecht. Paul Levi /

Rosa Luxemburg. Politische Arbeit und persönliche Beziehung mit 50 unveröffentlichten Briefen. Kiepenhauer und Witsch.

Christiane Föppl, Arbeitslosigkeit ist heilbar. Ein Aufruf zum gemeinsamen Handeln. Kösel Verlag.

Geschichten aus der Arbeitswelt. Mit einer Einleitung von Max von der Grün. Europaverlag.

150 Jahre Rückschritt? 150 Jahre Zürcher Volksschule. Herausgeber VPOD Sektion Lehrer. Mit Beiträgen von Max Meier, Bernhard Wenger, Willy Nabholz, Alex Zeitz und Hansruedi Meier. Im Gegenverlag.

Oswald v. Nell-Breuning, Arbeit vor Kapital. Herausgegeben von der katholischen Sozialdemokratie Österreichs. Europaverlag.

(Die Redaktion hält sich die Besprechung einzelner Titel vor.)